

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 1 56402 Montabaur

- gegen Empfangsbekanntnis -

Verbandsgemeindewerke Diez
Louise-Seher-Strasse 1
65582 Diez

REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ

Kirchstraße 45
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 152-100
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

12.03.2015

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
33 - GE 8642 Rü/Bs Bitte immer angeben!	11.11.2014	Beate Rüffel Beate.Rueffel@sgdnord.rlp.de	02602 152-161 0261 120-888161

Vollzug der Wassergesetze;
Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus der Quelle
„Heums“, WFG-Nr.: 303 026 217
Lage: Gemarkung Altendiez, Flur 14, Flurstück 51/12

I. ERLAUBNISBESCHEID

1.

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Diez wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –WHG-), sowie den §§ 26, 27 Abs. 2, § 34 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe b, 105 Abs. 2 und 107 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

wasserrechtliche Erlaubnis

erteilt,

zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung der Ortsgemeinden Altendiez und Heistenbach

1/10

Kernarbeitszeiten	Verkehrsanbindung	Parkmöglichkeiten
09.00-12.00 Uhr 14.00-15.30 Uhr Freitag: 09.00-13.00 Uhr	ICE-Bahnhof Montabaur Linien 460, 462, 480, 481 Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz	hinter dem Dienstgebäude (bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße, Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter www.sgd nord.rlp.de erhalten sie Hinweise zu deren Nutzung.

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen vom 28.10.2004,

aus der Quelle „Heums“ in der Gemarkung Altendiez, Flur 14, Flurstück 51/12, Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.

Die zulässigen Höchstentnahmemengen betragen:

**2,3 m³/h
55 m³/d
20.000 m³/a**

2.

Antrags- und Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die von dem Ing.-Büro Lutz Dankof, 65582 Diez, erstellten Unterlagen und Pläne vom 28.10.2004 und aktuelle Analysen zu Grunde.

3.

Widerrufsvorbehalt:

Diese Erlaubnis ist widerruflich (§ 18 Abs. 1 WHG).

4.

Befristung:

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **28.02.2020**

5.

Ordnungswidrigkeiten

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- EUR geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG)

6.

Auflagen und Bedingungen:

- 6.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Trinkwasserverordnung in der Fassung vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.
- 6.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 6.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 6.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.

7.

Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

8.

Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 8.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 8.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 und 101 WHG steht,
- 8.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die

nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,

- 8.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die Auswirkungen auf die Ausübung des Wasserrechtes hat, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstrasse 45, 56410 Montabaur, zulässig ist.
- 8.5 die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstrasse 45, 56410 Montabaur bedarf.

II. Kostenfestsetzungsbescheid

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

175,52 EUR

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren:	140,40 EUR
Auslagen:	35,12 EUR

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 EUR bis 5.315,00 EUR) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)
BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)
bei der Sparkasse Koblenz

unter Angabe des Kassenzzeichens: **2001.33.15.1.76.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

III. Begründung:

Zum Zweck der öffentlichen Wasserversorgung der OG Heistenbach und Altendiez betreiben die Verbandsgemeindewerke Diez die Quellen „Im Grund“ und „Heums“, sowie die Brunnen „Heums“, „In der Bach“ und „Kendelgraben“.

Im März 2014 wurde der neue HB „Altendiez“ in Betrieb genommen. Hier werden die Rohwässer der Gewinnungsanlagen aufbereitet.

Die Aufbereitung gliedert sich in folgende Schritte:

- 1.Stufe: Chemisch filtrative Entsäuerung über karbonatisches Filtermaterial mit vorgeschaltetem Oxidationskompressor
- 2.Stufe: Zweistufige Filtrationsanlage über Membranfilterkerzen
- 3.Stufe: UV-Anlage
- 4.Stufe: Physikalische Restentsäuerung über einen Kreuzstrombelüfter

Für die Quelle „Heums“ wurde bislang noch kein Wasserschutzgebiet ausgewiesen.

Zwischenzeitlich wurde zusammen mit dem Tiefbrunnen „Heums“, der Quelle „Im Grund“ und dem Brunnen „Kendelwies“ die Abgrenzung eines gemeinsamen Wasser-

schutzgebietes beantragt; die Abgrenzung konnte aber aufgrund des noch ausstehenden hydrogeologischen Gutachtens noch nicht durchgeführt werden.

Es konnte daher vorerst eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Dauer von 5 Jahren erteilt werden.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine einzelfallbezogene Vorprüfung gemäß § 25 UVPG hat ergeben, dass durch die beantragte Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf die in § 2 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschreitet (§§ 1 a Abs. 1 WHG, 26 Abs. 2 LWG).

Eine bis zum **28.02.2020 befristete Erlaubnis** konnte somit erteilt werden.

Die Erlaubnis kann gemäß § 31 Abs. 1 LWG um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

IV. Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Kirchstraße 45
56410 Montabaur**

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <http://www.sgd nord.rlp.de/service/elektronische-Kommunikation> aufgeführt sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Thomas Lenhart)

Rechtsgrundlagen

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (**Wasserhaushaltsgesetz - WHG** -) in der Neufassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG** -) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch § 52 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);
- Allgemeine **Verwaltungsvorschrift** zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GMBl. S. 671);
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 14.08.2009 (BGBl. I S. 2827);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG** -) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2248);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S. 26);
- Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (**Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001 –**) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 03.05.2011 (BGBl. S. 748, 2062)
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (**Infektionsschutzgesetz – IfSG**) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17.07.2009 (BGBl. I S. 2091);
- **Landesnaturenschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.06.2010 (GVBl. S.106);
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege - **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** vom 29.07.2009 (BGBl. I, Seite 2542), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619);
- **Landesbauordnung** Rheinland-Pfalz (**LBauO**) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- **Landesgebührengesetz** für Rheinland-Pfalz (**LGebG**) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524);
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S. 277);
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 zum Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I S. 1513);

- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung –VAwS–**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25.02.2010 (GVBl. S.52);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG -**) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten vom 12.08.2004 (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV -**), BGBl. I S 2179, zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19.07.2010 (BGBl. I S. 960);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung –BauStellV–**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 15 der Verordnung vom 23.12.2004 (BGBl. I. S. 3758);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120);
- Landesumweltinformationsgesetz (**LUIG**) vom 19.10.2005 (GVBl. 2005, S. 484)

